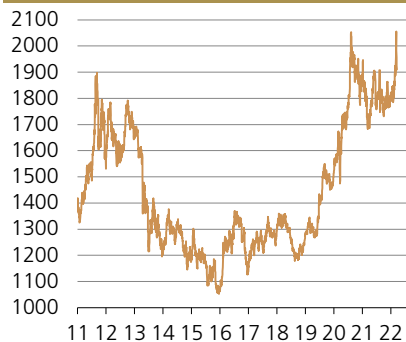




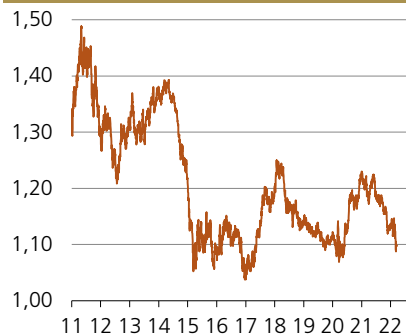
USD pro Feinunze Gold



USD pro Feinunze Silber



EURUSD



Quelle: Refinitiv; Graphiken Degussa.

Edelmetallpreise	Aktuell (Spot)	Veränderungen gegenüber (in Prozent):		
		2 W	3 M	12 M
I. In US-Dollar				
Gold	1938,8	2,7	9,3	13,6
Silber	25,3	4,5	10,8	3,6
Platin	1021,1	-3,1	9,3	-14,0
Palladium	2264,8	4,1	41,8	-5,9
II. In Euro				
Gold	1753,5	4,7	12,1	20,5
Silber	22,9	6,5	13,6	9,9
Platin	923,5	-1,3	11,7	-8,4
Palladium	2229,0	6,1	45,3	-0,3
III. Goldpreis in anderen Währungen				
JPY	230136,0	5,5	14,7	21,8
CNY	12307,3	3,2	9,0	10,0
GBP	1470,0	4,4	10,2	18,7
INR	147038,6	1,9	10,4	17,8
RUB	201513,1	27,3	53,8	56,1

Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.

NICHT DER KRIEG, SONDERN DER STAAT MIT SEINER ZENTRALBANK VERURSACHT INFLATION

„One of the biggest taxes is one that is not even called a tax — inflation.“
| Thomas Sowell

► **Steigende Energie- und Rohstoffpreise werden zu Inflation, weil die staatlichen Zentralbanken die Zinsen zu niedrig halten und die Geldmengen zu stark ausweiten. Für eine Entwarnung bei der Inflation gibt es derzeit leider keinen Grund. Im Gegenteil.**

NEUE AUSNAHMESITUATION

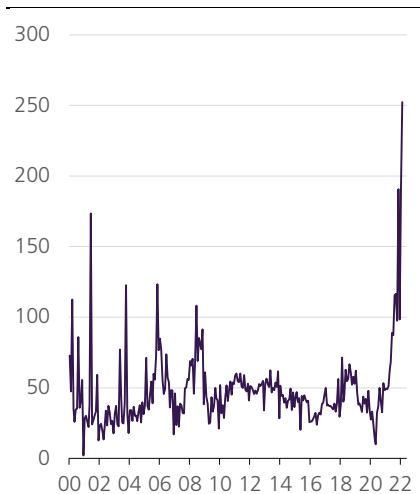
Wieder einmal arbeitet der mediale Komplex mit größter Präzision und Wirkung: Vor dem Hintergrund der Dramatik des Ukraine-Russland-Konfliktes verblissen auf fast wundersame Weise nahezu alle anderen Geschehnisse, die bis vor kurzen noch die Gemüter stark erhitzten – Klimawandel und „Grüne Politik“, Corona und Lockdowns sowie jüngst vor allem die steigende Güterpreis-inflation. Eine neue Ausnahmesituation hat in kürzester Zeit von den Köpfen der Menschen Besitz ergriffen: die Kriegsangst – und mit ihr erlebt das Vertrauen der Massen in den Staat eine ungeahnte Renaissance.

Der kritische Anleger ist jedoch gut beraten, weiterhin über den Tellerrand und den Tag hinauszublicken, sich sein Denken nicht einengen und schon gar nicht politisch diktieren zu lassen – und die für ihn ebenfalls relevanten Problemfelder auch weiter fest im Blick zu behalten. Dazu gehört insbesondere auch das Inflationsproblem.

Im Windschatten des Ukraine-Konflikts nimmt die Kaufkraftentwertung des ungedeckten Geldes an Fahrt auf: Ob US-Dollar, Euro & Co, ihre Kaufkraft kommt unerbittlich unter die Räder. Der Grund: Die überschuldeten Staaten des Westens deuten die Energie- und Rohstoffpreisverteuerung, für die der Konflikt sorgt, für ihr Zwecke um. Sie sagen: Die steigenden Energie- und Rohstoffpreise seien schuld für die hohe Güterpreis-inflation – und lenken damit von der eigentlichen Inflationsursache ab: der Geldpolitik ihrer Zentralbanken.

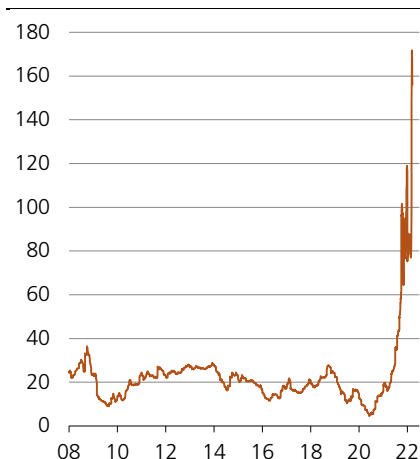
Die bereits hohe Inflation sei, so verkünden die Zentralbankräte und die ihnen zuarbeitenden Hauptstromökonomien, vor allem die Folge steigender Energiepreise, und auf Energiepreise könne die Geldpolitik bekanntlich nicht direkt einwirken. Und gerade auch mit Blick auf die wirtschaftlichen Erschütterungen, die vom Ukraine-Konflikt ausgehen, sei ein Festhalten an der extrem expansiven Geldpolitik gerechtfertigt. Doch diese Deutung überzeugt nicht. Sie stellt zudem die Weichen in Richtung einer noch inflationärer Geldpolitik.

Strompreis („APX Electricity“, Euro pro Megawatt-Stunde), Börse Amsterdam



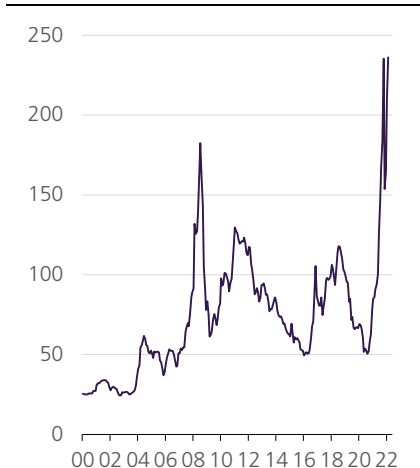
Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Erdgaspreis (European Energy Exchange (EEX)), Euro pro Megawatt-Stunde



Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Kohlepreis (Australien, New Castle), US-Dollar pro Tonne



Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

„FISCAL DOMINANCE“

Um das zu erklären, muss man sich vor Augen führen, dass die Zentralbanken dies- und jenseits des Atlantiks unter der Weisung der staatlichen Ausgabenpolitik stehen. Im Fachjargon nennt man das „Fiscal Dominance“. Das heißt, der Finanzbedarf der Staaten bestimmt die Geldpolitik: Mit extrem niedrigen Zinsen und einer Ausweitung der Geldmenge werden die chronisch-gewaltigen Haushaltslöcher gestopft. Diese Praxis hat spätestens seit Anfang 2020 um sich gegriffen, als viele Staaten ihre Wirtschaften in den Lockdown schickten und die ausgefallenen Umsätze und Einkommen mit neu geschaffenem Geld finanzierten. Neues Geld wurde aus dem Nichts ausgegeben, obwohl die Güterproduktion schrumpfte.

Die Zentralbanken haben einen gewaltigen „Geldmengenüberhang“ erzeugt, der bereits in 2021 begann, die Güterpreise spürbar in die Höhe zu befördern. Im Grunde handelt es sich um eine Entwicklung, wie sie in einem Lehrbuch nicht besser illustriert werden könnte: Die Zentralbank weitet die Geldmenge übermäßig aus, und nach und nach treibt die üppige Geldversorgung die Güterpreise in die Höhe. Der resultierende Inflationsanstieg ist ganz im Sinne der Staaten. Denn die anziehende Inflation, einhergehend mit Kapitalmarktzinsen, die von den Zentralbanken künstlich niedrig gehalten werden, treibt die Realzinsen (das heißt die inflationsbereinigten Nominalzinsen) in den Negativbereich.

Dadurch entschulden sich die Staaten auf Kosten der Gläubiger. Zudem profitieren die Staaten von der steigenden Inflation auch deshalb, weil es im System der progressiven Einkommenssteuer zur „kalten Progression“ kommt. Die steigende Inflation führt früher oder später zu einem Ansteigen der Nominallöhne. Auf diese Weise rutschen die Einkommensverdiener unter einen erhöhten Grenzsteuersatz. Obwohl ihre realen Einkommen durch die Lohnerhöhung nicht zugenommen haben, steigt ihre reale Steuerlast an. Ressourcen werden auf diese Weise unerbittlich und ohne ausdrückliche Zustimmung der Wähler aus ihren Taschen genommen und an den Staat übertragen.

Die Inflation ist für den Staat aus einem weiteren Grund sehr willkommen: Inflation schafft bekanntlich Ängste und Nöte bei vielen Menschen, weil sie deren Lebensstandard herabsetzt und für große soziale Ungerechtigkeiten sorgt. Das wiederum eröffnet den Politikern großen Spielraum, fallweise in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben einzugreifen – und dadurch den Staat und seine Politiker noch machtvoller werden zu lassen. Jüngstes Beispiel ist die aufkommende Diskussion zum Erlass von „Preiskontrollen“ – der Idee also, dass bestimmte Güter, die knapp und teuer sind, mit einem Höchstpreis, der nicht überschritten werden darf, zu belegen. (Siehe hierzu die nachstehende Box.)

Chaos mit Preiskontrollen

In einem freien Markt hat die Preisbildung für die Güter eine sehr wichtige Rolle. Steigt der Preis eines Gutes, weil es stark nachgefragt wird, erhalten die Produzenten des Gutes den Anreiz, das Angebot für das betreffende Gut auszudehnen. Das vermehrte Angebot senkt den Preis, ist also im Sinne der Kunden. Gleichsam gilt, dass ein sinkender Preis eines Gutes die Produzenten anhält, die Produktionsmenge des betreffenden Gutes zu reduzieren und andere, stärker nachgefragte Güter anzubieten. Auf diese Weise wird die Produktionsleistung der Volkswirtschaft bestmöglich auf die Wünsche der Nachfrager ausgerichtet. Preiskontrollen zerstören diese wichtige Lenkungsfunction der Preise. Man denke beispielsweise an einen Höchstpreis für Mieten oder Energie. Derartige Höchstpreise werden – weil sie ja für *niedrigere* Preise sorgen sollen – *unter* den markträumenden Preisen liegen. Beispielsweise liegt der Marktpreis für 1 Liter Benzin bei 2,50 Euro, und

der Staat setzt den Höchstpreis auf 1,50 Euro. Was geschieht? Die Nachfrage übersteigt das Angebot. Nicht alle, die Benzin zu 1,50 Euro pro Liter nachfragen, erhalten auch Benzin. Denn das verfügbare Benzinangebot fällt nun geringer aus als noch vor Erlass des Höchstpreises, weil es jetzt weniger Anbieter gibt, die zu diesem Preis Benzin anbieten können. Und noch was geschieht: Der Staat wird dafür sorgen müssen, dass der Höchstpreis nicht übertroffen wird. Er muss also die Bürger und Firmen überwachen und sie bei Zuwiderhandeln bestrafen – und damit den Weg in den Überwachungs- und Polizeistaat beschreiten, der das Aus für das bedeutet, was vom System der freien Märkte noch übrig ist. Und nicht weniger bedeutsam: Der Staat muss auch die zusehends knappen Güter zuteilen, er muss also entscheiden, wer was und wieviel bekommt. Warteschlangen, Willkür, Korruption und Vetternwirtschaft sind die absehbare Folgen. Man kann also sagen: Preiskontrollen zerstören die Marktwirtschaft.

WACHSTUMSELIXIER FÜR DEN STAAT

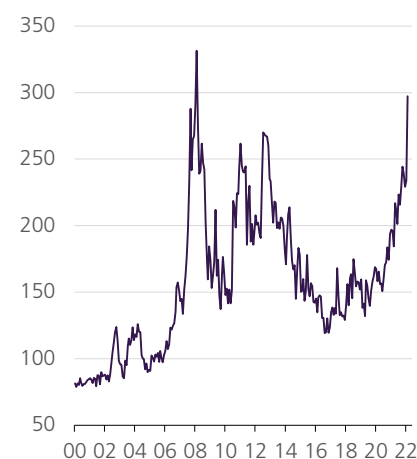
Inflation wirkt wie eine Steuer, entzieht dem privaten Sektor knappe Mittel und spült sie dem Staat in die Hände. Hohe Inflation erweist sich, wenn sie nicht „zu hoch“ ausfällt, als ein Wachstumselixier für den Staat und diejenigen Sonderinteressengruppen, die ihn für ihre Zwecke einzuspannen wissen. Die Inflationssteuer wirkt, solange sie von den Menschen als akzeptabel angesehen wird; ansonsten würde sie aus dem „Geld fliehen“, und das Geld verliert seine Geldfunktion. Das will der Staat aber nicht. Denn dann wäre sein wohl wirksamstes Instrument, mit dem er sich auf Kosten seiner Bürger und Unternehmer bereichert, perdüt.

Noch einmal zurück zur „Fiscal Dominance“. Sie hat sich auch deswegen herausgebildet, weil eine Riege führender Politiker, Vertretern von Großunternehmen und Wissenschaftlern daran arbeitet, den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Das geschieht unter den allseits bekannten Schlagworten „Great Reset“ und „Große Transformation“. Die Zentralbanken spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie haben dafür zu sorgen, dass die entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten des Umbaus so wenig wie möglich in Erscheinung treten. Mit niedrigen Zinsen und Geldmengenausweitung haben sie die Konjunkturen in Gang zu halten. Eine Aufgabe, gegen deren Erfüllung sich die Zentralbankräte nicht sperren.

Ein Kernelement der Großen Transformation ist die „Grüne Politik“, die Abkehr der Volkswirtschaften von fossilen Brennstoffen. Dabei soll insbesondere die Verteuerung der Energie den Energieverbrauch absenken. Sie verursacht aber auch negative Rückwirkungen auf das Energieangebot. Beispielsweise verteuern sich mittlerweile die Kredit- und Kapitalkosten für Unternehmen, die fossile Brennstoffe explorieren, fördern und verarbeiten – weil Banken ihr Kreditangebot für derartige Geschäftsfelder einschränken, weil Investoren, die dem ESG-Siegel Folge leisten, sich beim Kauf von Anleihen und Aktien dieser Firmen zurückhalten. Das wiederum senkt die Investitionstätigkeit, verknappt und verteuert das (künftige) Energieangebot. *Der eigentliche Grund für die in den letzten Jahren stark steigenden Energiekosten ist bei der Grünen Politik zu finden.*

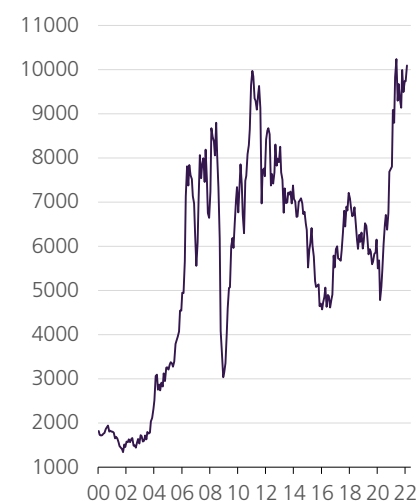
Der andauernde Ukraine-Russland-Konflikt facht den Prozess der Energiepreisverteuerung nun allerdings zusätzlich an. Die Aussicht auf eine Verknappung von Öl, Gas und Kohle auf Russland treibt die Preise für fossile Brennstoffe auf den Weltmärkten in die Höhe. Hinzu kommt die Sorge, dass das Angebot von vielen anderen Rohstoffen – wie Weizen, Mais, Palladium, Aluminium, Düngemitteln etc. – schrumpfen könnte. Das hätte nicht nur zur Folge, dass sich die Produktion vieler Güter verteuert. Viele Produkte werden sich dann möglicherweise gar nicht mehr

Weizenpreis (US-Dollar pro Bushel)



Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Kupferpreis (US-Dollar pro Tonne)



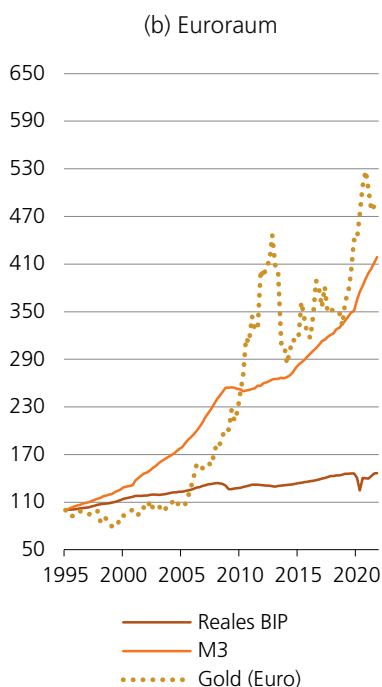
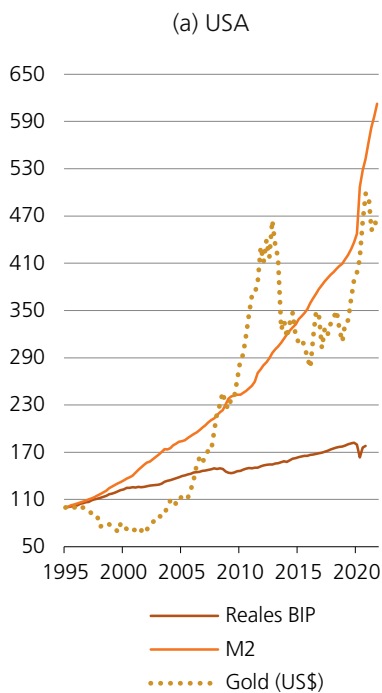
Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Rohölpreis (US-Dollar pro Fass, West Texas Intermediate)



Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Geldmenge, reale Güterproduktion und Goldpreis (USD bzw. Euro pro Feinunze)



Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa. Serien sind indiziert (Q1 1995 = 100).

zu wettbewerbsfähigen Kosten erstellen lassen. Firmen müssen ihre Pforten schließen, Arbeitsplätze gehen verloren. Eine solche Entwicklung kann die volkswirtschaftliche Produktions- und Beschäftigungsstruktur gewissermaßen aus den Angeln heben, in eine große Wirtschaftskrise führen.

ÜBER DIE INFLATION

Nun etwas ausführlicher zum „Inflationsproblem“. – Steigende Energie- oder Rohstoffpreise stellen für sich genommen keine Güterpreis-inflation dar – also ein fortgesetztes Ansteigen der Güterpreise auf breiter Front. Um das zu erklären, sei ein ganz einfaches Beispiel betrachtet: Bei konstanter Geldmenge in der Volkswirtschaft verdoppelt sich plötzlich der Energiepreis. Was passiert? Um die gleiche Energiemenge wie bisher konsumieren zu können, müssen die Verbraucher ihre Nachfrage nach anderen Gütern (Nahrung, Autos, Urlaub etc.) einschränken. In diesem Fall kommt es zu einer *Neuausrichtung der relativen Güterpreise*: Dem erhöhten Energiepreis stehen gesunkene Preise anderer Güter (die nun nicht mehr nachgefragt werden) gegenüber. Eine Inflation entsteht hier nicht, im Durchschnitt betrachtet bleibt das Niveau der Güterpreise unverändert.

Anders ist es in dem Fall, in dem der Anstieg der Energiepreise begleitet ist von einem Anstieg der Geldmenge. Hier verteuern sich die Energiepreise, gleichzeitig erhalten die Marktakteure neue Kaufkraft von der Zentralbank. Damit können sie nicht nur ihre erhöhte Energierechnung bezahlen, sie können auch wie gewohnt die von ihm bislang nachgefragten Güter erwerben. Die erhöhten Energiepreise sind dadurch in der Lage, den Durchschnitt aller Güterpreise anzuheben, also für Inflation zu sorgen. Das sollte deutlich machen: *Es ist die Ausweitung der Geldmenge, die das Phänomen der Güterpreis-inflation erst möglich macht.* Und genau diese Situation liegt aktuell vor, sowohl in den Vereinigten Staaten von Amerika als auch im Euroraum.

WER BEZAHLT DIE „TANKRABATTE“?

Die Idee des deutschen Finanzministers, den Autofahrern angesichts drastisch gestiegener Benzin- und Dieselpreise „Tankrabatte“ zu gewähren, ist bezeichnend für vorherrschende inflationäre Gesinnung. Um was geht es? Mit dem Tankrabatt soll der Spritpreis für die Verbraucher unter die 2-Euro-Marke gesenkt werden. Wie das? Man tankt, und an der Tankstellenkasse zahlt man seine Rechnung abzüglich eines Rabattes von, sagen wir, 40 Euro-Cent pro Liter. Die Tankstelle erhält den gewährten Rabatt als Zahlung vom Finanzministerium zurück. Frage: Wer bezahlt den Rabatt? Der Staat zahlt ihn nicht. Denn er hat nichts. Er kann nur den Steuerzahlern etwas nehmen und es anderen (Steuerempfängern) geben. Sehr wahrscheinlich wird der Rabatt daher wohl durch neue Schulden finanziert. Das Finanzministerium gibt neue Schulden aus, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) oder Geschäftsbanken gekauft und mit sprichwörtlich neuen, aus dem Nichts geschaffenen Euro bezahlt werden. Das neue Geld wirkt inflationär, es lässt die Güterpreise in die Höhe steigen. Vereinfacht gesagt ist das Ergebnis das Folgende: Die Autofahrer bezahlen weniger für Benzin und Diesel, dafür aber mehr für Nahrungsmittel, Kleidung, Strom, Mieten etc. Eine große Augenwischerei!

Der Energie- und Rohstoffpreisanstieg trifft aktuell auf einen gewaltigen Geldmengenüberhang, und das bewirkt den starken Anstieg vieler Güterpreise auf breiter Front. Der Inflationsdruck wird weiter dadurch erhöht, dass die Zentralbanken an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten und die Kredit- und Geldmengen weiter stark ausweiten – so dass der Geldmengenüberhang weiter anwächst. Zwar hat die US-Zentralbank ihren Leitzins erstmalig am 16. März 2022 angehoben, und

sie will auf diesen Schritt weitere Zinserhöhungen folgen lassen (siehe nachstehende Box). Das wird jedoch kaum etwas an der Tatsache ändern, dass die US-Realzinsen noch ganz lange Zeit im negativen Territorium verharren werden, US-Dollar-Bargeld und –Bankdepositen sowie auch Schuldpapiere an Kaufkraft einbüßen. Im Euroraum stehen die Dinge nicht besser. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist weit davon entfernt, ihre Inflationspolitik zu beenden.

GEWOLLTE INFLATION

Wie lässt sich geldpolitisch mit einem Energie- und Rohstoffpreisschock umgehen? Auf grundsätzlich zwei Wegen. Der erste Weg: Die Zentralbank zieht die Zinsen stark an, verknappt die Geldmenge und löst dadurch eine Rezession aus, verbunden mit einem Rückgang der Güterpreise, durch den die Energie- und Rohstoffpreisverteuerung neutralisiert wird. Der Inflationsauftrieb wird hier also verhindert, indem (mitunter heftige) Produktions- und Arbeitsplatzverluste hingenommen werden. Der zweite Weg: Die Zentralbank bleibt untätig, lässt die Energie- und Rohstoffpreisverteuerung sich auf alle Güterpreise übertragen in der Hoffnung, dass sich die Güterpreis-inflation im Sinne eines „Einmaleffektes“ nachfolgend wieder normalisiert. Produktions- und Arbeitsplatzverluste werden hier verhindert, indem ein (starker) Inflationsschub zugelassen wird. Denkbar ist auch noch ein dritter Weg: Die Zentralbank strafft die Geldpolitik nur etwas, um dem Inflationsschub die Spitze zu nehmen, sie schreckt jedoch gleichzeitig davor zurück, Produktion und Beschäftigung in nennenswerter Weise einbrechen zu lassen.

Angesichts der vorherrschenden Befindlichkeiten in der Politik sowie vor allem auch aufgrund der Transformations- und Umbaupläne für Wirtschaft und Gesellschaft werden die Zentralbanken sich sehr wahrscheinlich gegen den ersten Weg entscheiden und entweder den zweiten oder bestenfalls den dritten Weg beschreiten. *Das lässt befürchten, dass der Inflationsschub mehr oder weniger ungebremst über die Menschen hereinbricht und die Kaufkraft ihrer Ersparnisse und Löhne dauerhaft herabsetzt, ihren materiellen Lebensstandard nachhaltig reduziert.* In diesem Prozess wird die Produktionsleistung der Volkswirtschaft leiden. Firmen müssen wegen mangelnder Rentabilität schließen, Arbeitsplätze gehen verloren. Die Volkswirtschaften werden sprichwörtlich ärmer sein im Vergleich zur Situation vor dem Inflationsschub.

Die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Härten und Nöte wird der Staat sehr wahrscheinlich für seine Zwecke nutzen zu wissen – sprich: er wird zusehends in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben eingreifen mit dem Versprechen, für „Besserung“ zu sorgen. Immer mehr Menschen geraten daraufhin in direkte oder indirekte Abhängigkeit des Staates: indem sie ihren Lebensunterhalt vom Staat beziehen („leistungsloses Grundeinkommen“), oder indem eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen und Einkommen in immer stärkerem Maße von der Industrie- und Subventionspolitik des Staates abhängt. Aus einer ehemals freien Wirtschaft und Gesellschaft wird so eine unfreie Wirtschaft und Gesellschaft.

ZÖGERLICHE ZINSWENDE

Die US-Zentralbank (Fed) hat ihren Leitzins um 0,25 Prozentpunkte angehoben. Die neue Bandbreite für die „Federal Funds Rate“ ist jetzt 0,25 bis 0,50 Prozent. Zudem verkündete die Fed, ihren Leitzins im Verlauf des Jahres nicht nur drei, sondern sechs Mal anheben zu wollen – so dass der Leitzins Ende 2022 bei 1,9 Prozent anstatt bis 0,9 Prozent liegen wird. Die jahresdurchschnittliche Inflation (gemessen anhand der „PCE inflation“) wird im laufenden Jahr auf 4,3 Prozent geschätzt nach 2,6 Prozent gemäß der Schätzung im Dezember 2021. Gleichzeitig hat die Fed ihre Wachstumsprognose reduziert: In 2022 wird die US-Wirtschaft nicht (wie im noch

im Dezember 2021 geschätzt) um 4,0 Prozent, sondern nur noch um 2,8 Prozent wachsen. Dabei betont die Fed die „große Unsicherheit“, die für die Wirtschaft aus dem Ukraine-Konflikt erwächst – und die die Inflation weiter antreiben und das Wachstum verringern kann. Wie ist der Zinsschritt zu beurteilen? Ohne Frage sind Zinsanhebungen längst überfällig; man bedenke nur einmal, dass die Inflation der US-Konsumgüterpreise im Februar 2022 bei 7,9 Prozent lag – ein 40-Jahreshoch. Ein großer Zinsschritt von, sagen wir, 0,50 Prozentpunkte wäre angemessener gewesen. So gesehen fällt der jüngste 0,25-Prozentanstieg in der Tat sehr zögerlich aus, denn er leistet nur sehr wenig, um den realen (also inflationsbereinigten) US-Zins aus den Tiefen des Negativbereiches heraufzubefördern und dadurch seinen inflationären Impuls zu verringern. Die Fed scheut sich ganz offensichtlich, beherzt gegen die hohe Inflation vorzugehen. Stattdessen kalkulieren die Zentralbankräte vermutlich, dass die aktuelle Inflationswelle im Laufe des Jahres nachlässt, dass sich die derzeitigen sehr hohen Inflationsraten zurückbilden, ohne dass dafür der Leitzins weiter stark angehoben werden müsste und die Wirtschaft in eine Rezession verfällt. Doch der nach wie vor hohe „Geldmengenüberhang“ in der US-Wirtschaft (eine Folge der geldpolitischen Reaktion auf die Lockdown-Krise) lässt erwarten, dass die Inflation weiter stark erhöht bleiben wird, auch wenn die Energie- und Rohstoffkostenexplosion etwas nachlassen sollte – denn das US-Kredit- und Geldmengenwachstum ist nach wie vor sehr hoch, und es ist fraglich, ob es durch zaghafte Zinsanhebungen tatsächlich abgeschwächt werden kann. Zusammengefasst kann man daher zum Schluss gelangen: Die heutige Zinserhöhung sowie die weiteren, in Aussicht gestellten Straffungsschritte können das Inflationsproblem nicht überzeugend vertreiben. Wenn es also zu keiner beschleunigten Straffung kommt in den nächsten Monaten, ist vielmehr damit zu rechnen, dass die US-Inflation deutlich höher für länger bleiben wird – und dass dadurch letztlich auch die Inflation in anderen Währungsräumen – wie insbesondere dem Euroraum – hochgetrieben wird. Aus unserer Sicht gibt es so gesehen nach wie vor gute Gründe für Anleger, in einer anhaltend hohen Inflation eine der zentralen Herausforderungen bei der Kapitalanlage zu erblicken. Für langfristig orientierte Anleger ist und bleibt das Halten von physischem Gold und Silber eine attraktive Option, um dem Kaufkraftverlust des Geldes heute und in den kommenden Jahren zu entgehen.

VOLATILE EDELMETALLPREISE ALS CHANCE

Dass die Preise für Gold und Silber im aktuellen Marktumfeld besonders volatil sind, sollte nicht weiter verwundern. Die Zukunftseinschätzungen vieler Investoren durchlaufen erhebliche Schwankungen – und wer könnte ihnen das verdenken. Wir denken, dass die Aussichten für weiter steigende Gold- und Silberpreise günstig sind. Die beiden ‚geldnahen‘ Metalle stellen im Kern für langfristig orientierte Anleger eine Versicherung in Zeiten wachsender geopolitischer, wirtschaftlicher und inflationärer Risiken dar. Aus unserer Sicht bergen die aktuellen Gold- und Silberpreise ein attraktives Aufwärtspotential im laufenden Jahr (siehe hierzu die Tabelle auf S. 10 sowie die Graphiken auf Seite 11). Anleger sollten die Preisvolatilität der Metalle ‚nach unten‘ daher nicht als Problem, sondern als Kaufgelegenheit interpretieren.

SICHERN SIE IHRE WERTE IN IHREM SCHLISSFACH BEI DEGUSSA.

DEGUSSA-SCHLISSFACH.DE

STAAT UND KRIEG

► Aus ökonomischer Sicht lässt sich argumentieren: Der Staat (wie wir ihn heute kennen) ist aggressiv. Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten sind daher auch kein tragischer Zufallsfehler, sie sind vielmehr ein logisches Ergebnis.

In diesem kurzen Artikel geht es um „Staat und Krieg“. Ich möchte Ihnen darin einige grundsätzliche ökonomische Gedanken zur Kriegsursache, die die Menschheitsgeschichte, vor allem die Neuzeit, chronisch plagt, vortragen.

Im Jahr 1919 veröffentlicht der Ökonom Ludwig von Mises (1881–1973) ein Buch mit dem Titel „Nation, Staat, und Wirtschaft“. Darin legt er unter anderem eine Erklärung vor, warum es zum Ersten Weltkrieg, zu dieser Urkatastrophe kommen konnte.

Seine (vielleicht für uns heute überraschende) Antwort lautet: Es war die Abkehr von der Idee der freien Märkte, von Freihandel, von individueller Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz. Kurzum: Es war die Abkehr vom Liberalismus und der Aufstieg des Staates (wie wir ihn heute kennen), die zum Ersten Weltkrieg geführt haben.

Der Staat (wie wir ihn heute kennen) ist nach innen und nach außen aggressiv, er hat auch einen Anreiz, Kriege mit anderen Staaten zu führen, um seine Interessen mit Gewalt durchzusetzen. Staat und Krieg gehen sozusagen Hand in Hand.

Um das näher zu erklären, sollen einige wenige ökonomische Überlegungen vorgebracht werden.

Es ist eine handlungslogische, unbestreitbare Wahrheit, dass der Mensch Ziele hat, die er mit dem Einsatz von Mitteln zu erreichen sucht. Er bevorzugt mehr Mittel gegenüber weniger Mitteln, und er zieht eine frühere Erfüllung seiner Bedürfnisse einer späteren vor.

Als Vernunftwesen erkennt der handelnde Mensch früher oder später, dass die Arbeitsteilung für ihn vorteilhaft ist. Denn sie erhöht die Ergiebigkeit seines Arbeitseinsatzes.

Arbeitsteilung bedeutet, dass ein jeder die Tätigkeit ausführt, die er mit den vergleichsweise geringsten Kosten bewältigen kann. Die Arbeitsteilung macht Tauschen erforderlich. Schließlich produzieren die meisten Menschen, wenn sie sich arbeitsteilig organisieren, nicht mehr für den Eigenbedarf, sondern fast jeder produziert dann für den Bedarf seiner Mitmenschen.

Es ist daher die Arbeitsteilung, die die Menschen zusammenführt. Durch sie erkennen sie sich einander als gegenseitig nützlich in der Bewältigung ihrer Lebensherausforderungen. Vereinfacht gesprochen: Der Käufer einer Ware hat ein Interesse daran, dass es dem Hersteller der Ware gut geht – weil er ansonsten die gewünschte Ware nicht kaufen kann.

Die Arbeitsteilung ist eine natürliche Erscheinung in einem System der freien Märkte. Hier steht es den Nachfragern frei, die Güter nachzufragen, die ihren Bedürfnissen am besten entsprechen; und Anbieter haben die Freiheit, ihren Mitmenschen die Güter anzubieten, die diese nachzufragen wünschen.

Ein System der freien Märkte würde – wenn man es zulässt – die Menschen rund um den Globus früher oder später in eine sehr eng verzahnte Arbeitsteilung hineinwachsen lassen. Das Ergebnis wäre eine dauerhaft friedvolle und produktive Kooperation der Menschen.

Denn Krieg ist dem System der freien Märkte wesensfremd. Menschen, die die produktive Wirkung der Arbeitsteilung kennen, haben keinen Anreiz, so etwas wie Krieg zu führen.

Doch leider gibt es kein System der freien Märkte auf dieser Welt, das wirklich frei ist oder gewesen wäre.

Seit vielen Jahrhunderten, vor allem seit Beginn der neueren Geschichte, gibt es so etwas, das man als Staat bezeichnet. Anfänglich gab es den Staat in Form des Feudalherrn, des Königs, dann Kaisers, in jüngerer Vergangenheit der Republik, der Diktatur oder des modernen demokratischen Staates.

Was genau ist der Staat? Wer über eine Antwort nachdenkt, dem kommt vermutlich zunächst so etwas in den Sinn wie: Der Staat, das sind wir alle; oder: „Vater Staat“; oder: ohne Staat geht's nicht, denn wer baut sonst die Straßen und Schulen, wer unterstützt die Bedürftigen, sorgt für Recht und Sicherheit?

Die handlungslogische Theorie fördert allerdings eine andere Art von Antwort zutage. Aus ihrer Sicht ist der Staat, wie wir ihn heute kennen, ein Gewaltmonopolist.

Der US-amerikanische Ökonom und Sozialphilosoph Murray N. Rothbard (1926–1995) definiert den Staat (wie wir ihn heute kennen) wie folgt: Der Staat ist der territoriale Zwangsmonopolist mit der Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte auf seinem Gebiet, und der Staat nimmt sich auch das Recht, Steuern zu erheben.

Ein solcher Staat ist keine natürliche, keine auf Freiwilligkeit beruhende Einrichtung. In einem System der freien Märkte könnte er gar nicht entstehen. Denn hier gibt es nur freiwillige Kooperation, freiwillige Tauschakte, keine erzwungenen, mit Zwang und Gewalt herbeigeführten.

Dass aber der Staat auf Zwang und Gewalt beruht, das hat der deutsche Soziologe, Arzt und Ökonom Franz Oppenheimer (der übrigens der Doktorvater von Ludwig Erhard war, dem Vater der sozialen Marktwirtschaft und dem zweiten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland) unmissverständlich formuliert. Oppenheimer schreibt:

Der Staat „ist seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach ... eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger.“

Der Staat, wie ihn Rothbard und Oppenheimer definieren, ist eine aggressive Institution. Er ist aggressiv nach innen. Gegenüber den Regierten ist der Staat bestrebt, seine Macht nicht nur zu erhalten, sondern auch auszuweiten – durch mehr Ge- und Verbote, durch mehr Regularien und Gesetze, höhere Steuern und anderes mehr.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Wenn der Staat das territoriale Machtmonopol zur Letztentscheidung über alle Konflikte auf seinem Gebiet innehat, wenn er auch die Macht besitzt, Steuern zu erheben (einschließlich der Inflationssteuer), dann wird er (beziehungsweise die Personen, die die Staatsmacht ausüben) selbstverständlich immer stärker davon Gebrauch machen.

Vereinfacht gesagt: Der Staat (wie wir ihn heute kennen) wird im Zeitablauf immer größer und mächtiger, und die Bürger und Unternehmer, über die er befehlen kann, werden immer mehr in ihren Freiheitsspielräumen beschnitten und herumkommandiert.

Der Staat wird aber nicht nur „nach innen“ größer und mächtiger, sondern vor allem auch nach außen, sobald sich ihm dazu eine passende Gelegenheit bietet.

Staaten, die sich ideologisch miteinander verbunden fühlen, haben einen Anreiz, sich zu einem Kartell zusammenzuschließen, den Wettbewerb zwischen ihnen auszuschalten. Ein Beispiel für solch ein Staatenkartell ist die Europäische Union.

Wenn Staaten aber unterschiedliche Interessen verfolgen, unterschiedlichen Ideologien anhängen, dann haben sie

einen Anreiz, ihre Macht auch aggressiv-kriegerisch auf- und auszubauen. Die Weltgeschichte ist voll von solcherart motivierten Kriegen zwischen Staaten.

Große Staaten sind natürlich besonders aggressiv nach außen, weil es relativ einfach ist für sie, sich die für eine aggressive Außenpolitik erforderlichen Mittel – Geld, Waffen, Soldaten – zu beschaffen.

Wenn große Staaten unterschiedlichen Ideologien anhängen, ist die Kriegsgefahr zwischen ihnen sehr groß. Ein Beispiel hierfür sind die militärischen Konflikte, einschließlich der vielen Stellvertreterkriege, die zwischen den USA und der Sowjetunion ausgetragen wurden.

Aus ökonomischer Sicht erkennt man: Der Staat (wie wir ihn heute kennen) ist aggressiv. Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten sind daher auch kein tragischer Zufallsfehler, sie sind vielmehr ein logisches Ergebnis.

Das ist übrigens eine grundlegende Einsicht, die der preussische General Carl von Clausewitz bereits vor langer Zeit, im Jahr 1832, formuliert hat. Er schrieb: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“



Zum Video hier **klicken**.

Wer also Krieg wirkungsvoll verhindern will, der muss, so sagte es bereits Ludwig von Mises, den Staat und mit ihm Politik und Politiker auf das Stärkste einzuschränken versuchen; und der muss auch den freien Markt befürworten; denn der ist Garant für Frieden und Wohlstand der Menschen auf dem Planeten, und nicht der Staat (wie wir ihn heute kennen).

An dieser Stelle sei noch einmal ausdrücklich daran erinnert: Es gibt nur zwei Formen der menschlichen Kooperation: Freiwilligkeit oder Zwang und Gewalt. Der freie Markt steht für freiwillige Kooperation. Zwang und Gewalt sind die Mittel des Staates (wie wir ihn heute kennen).

Ich will an dieser Stelle nur ganz kurz erwähnen: Selbstverständlich sind Recht und Sicherheit unverzichtbar, wenn Menschen friedvoll und produktiv miteinander in einer Gemeinschaft zurechtkommen wollen.

Doch die Güter Recht und Sicherheit können selbstverständlich auch im System der freien Märkte bereitgestellt werden. Dazu braucht es keinen Staatsmonopolisten.

Die ökonomische Lehre kann viel dazu beitragen, die Welt friedvoller und damit ethisch-moralisch besser zu machen. Wer lernt, wie ein System der freien Märkte funktioniert, was es leistet, der wird keinen Grund dafür haben, dem Staat (wie wir ihn heute kennen) das Wort zu reden.

Er wird auch verstehen, warum kleine Staaten, kleine politische Einheiten friedvoller und wohlhabender sind als große Staaten, große politische Einheiten; und dass es kein Zufall ist, dass die Menschen, die auf das System der freien Märkte setzen, und sich in kleinen Einheiten organisieren, friedvoll sind, und dabei auch die höchsten Pro-Kopf-Einkommen erzielen. Man denke hier nur einmal an die Schweiz, Lichtenstein, Monaco, Singapur und Hong Kong.

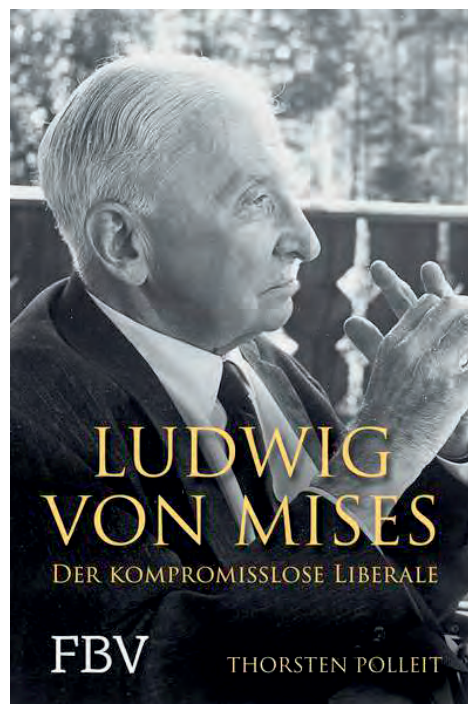
Wer angesichts des Ukraine-Russland-Konflikts meint, die Lösung des Kriegsproblems liege in der weiteren Aufrüstung der Staaten, in Sanktionen, im Beenden der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung, des Handels, der unterliegt einem schweren Irrtum.

Das Kriegsproblem ist nicht gelöst, wenn der Aggressor besiegt ist, sondern nur dann, wenn die Ideologien, die zu Krieg führen, vollständig diskreditiert sind, bei den Menschen keinen Zuspruch mehr finden.

Der Königsberger Philosoph der Aufklärung, Immanuel Kant, schrieb: „Der Friede muß gestiftet werden, er kommt nicht von selbst.“

Ich füge hinzu: Der Friede stellt sich ein, wenn die Menschen freiwillig in freien Märkten miteinander kooperieren. Der Friede wird nicht vom Staat gestiftet. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Erschienen im Januar 2022.

Zum Buch hier [klicken](#).

Buchwerbung

ALTE SCHÄTZE IN DER SCHUBLADE? JETZT VERKAUFEN!

Mit dem **Ankaufsservice**
der Degussa in Ihrer Nähe.

WIR KAUFEN VON IHNEN:

Gold- und Silberschmuck, Barren und Münzen,
Dentalgold, Silberwaren.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

FINDEN SIE IHRE NIEDERLASSUNG:



JETZT SUCHEN

EDELMETALLPREISE

In US-Dollar pro Feinunze

	Gold		Silber		Platin		Palladium	
I. Aktuell	1938,7		25,3		1020,5		2463,6	
II. Gleitende Durchschnitte								
10 Tage	1969,7		25,6		1076,6		2764,1	
20 Tage	1937,5		25,0		1076,9		2619,1	
50 Tage	1867,9		23,9		1036,6		2336,2	
100 Tage	1836,5		23,6		1013,0		2123,4	
200 Tage	1813,2		24,0		1023,5		2265,6	
III. Schätzung 2022	2100		28		1175		2261	
(1)	8		12		15		-8	
<i>Bandbreiten</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>
	1700	2280	21,0	31,0	830	1280	1650	2400
(1)	-12	18	-17	23	-19	25	-33	-3
V. Jahresdurchschnitte								
2019	1382		16,1		862		1511	
2020	1753		20,2		878		2180	
2021	1804		25,5		1095		2422	

In Euro pro Feinunze

	Gold		Silber		Platin		Palladium	
I. Aktuell	1753,7		22,9		923,1		2228,5	
II. Gleitende Durchschnitte								
10 Tage	1795,5		23,3		981,4		2519,9	
20 Tage	1744,7		22,5		969,4		2360,0	
50 Tage	1661,1		21,2		921,7		2079,9	
100 Tage	1625,0		20,9		896,2		1880,5	
200 Tage	1572,1		20,8		886,8		1961,1	
III. Schätzung 2022	1944		26		1088		2093	
(1)	11		14		18		-6	
<i>Bandbreiten</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>
	1573	2110	19,4	28,7	760	1180	1520	2220
(1)	-10	20	-15	26	-18	28	-32	0
IV. Jahresdurchschnitte								
2019	1235		14,4		770		1350	
2020	1535		17,6		769		1911	
2021	1519		21,5		921		2035	

Quelle: Thomson Financial; Berechnungen und Einschätzungen Degussa. Beachte: Die Zahlen sind gerundet.

(1) Geschätzte Preisveränderung bei aktuellem Preis in Prozent.

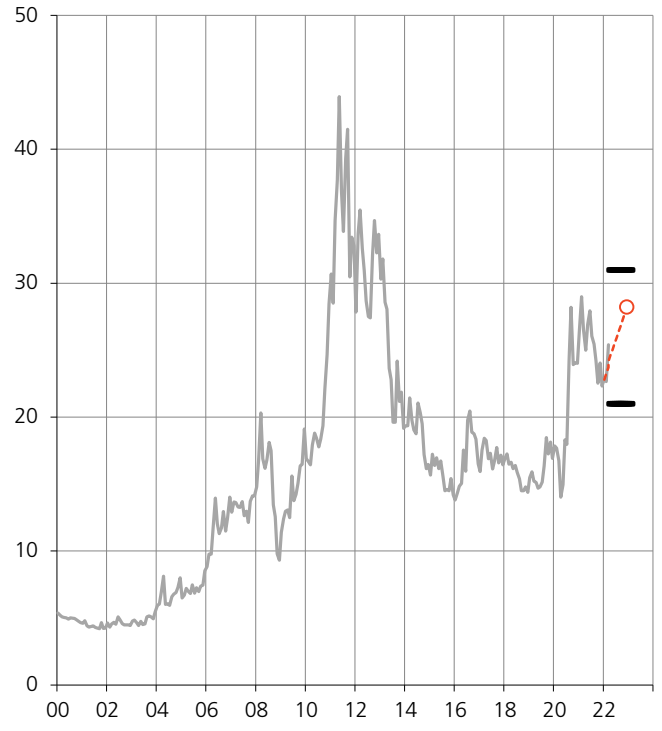
EINSCHÄTZUNGEN EDELMETALLPREISE 2022

Preise in USD/oz

(a) Gold



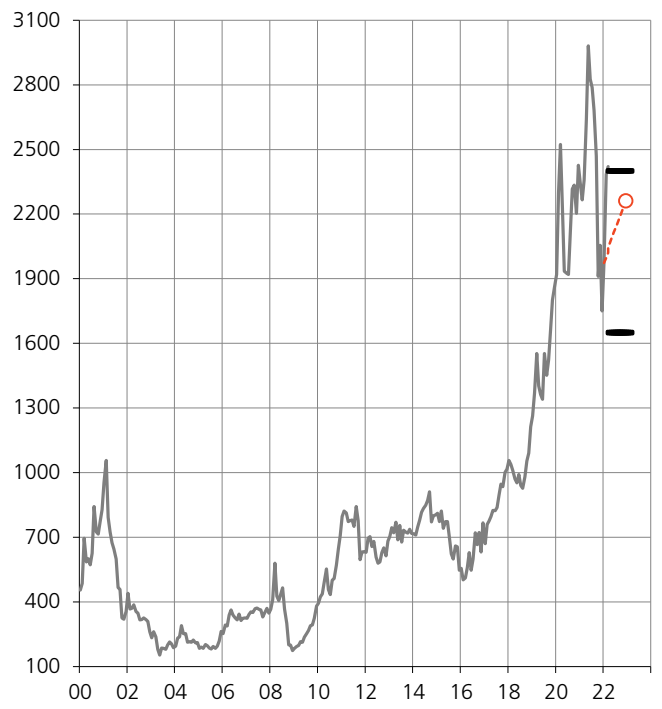
(b) Silber



(c) Platin



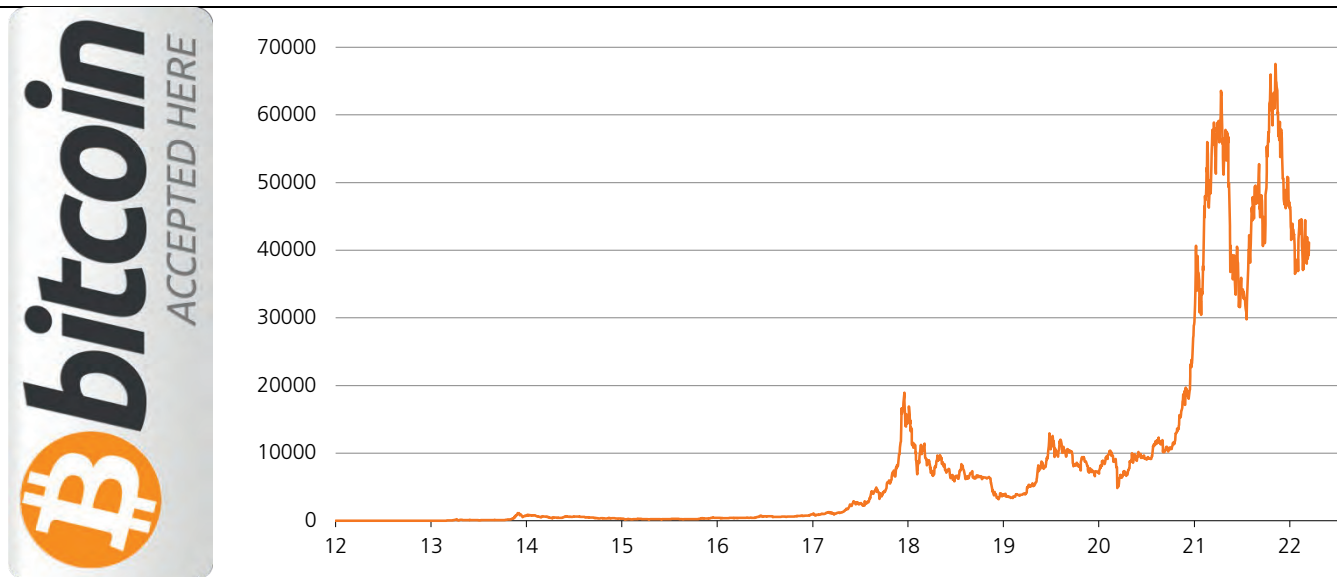
(d) Palladium



Quelle: Refinitiv; Einschätzungen Degussa. Der rote Punkt markiert die Einschätzung für Ende 2022. Die dicken schwarzen Linien markieren die obere beziehungsweise untere Bandbreite der Einschätzung.

PREISENTWICKLUNGEN DER ANLAGEKLASSEN

Bitcoin in US-Dollar

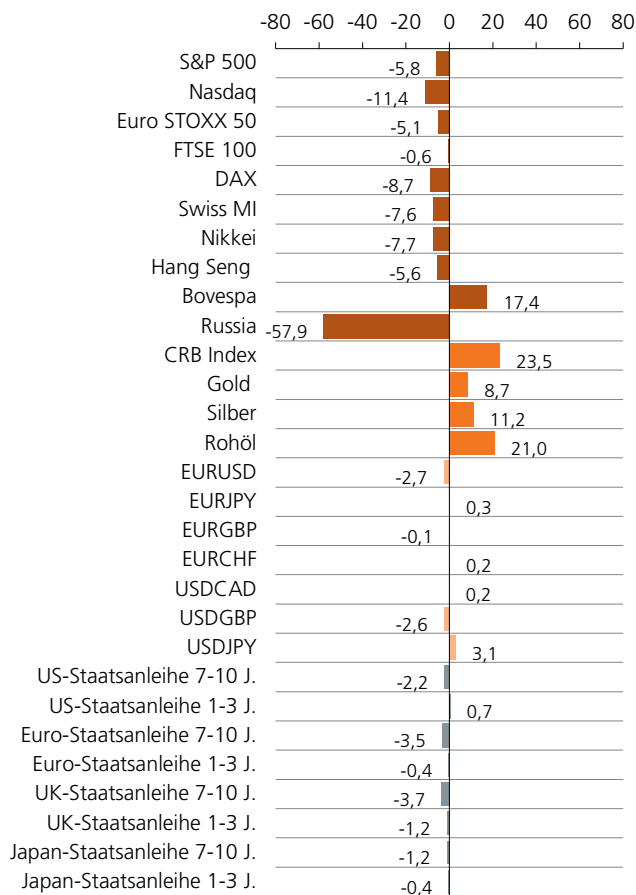
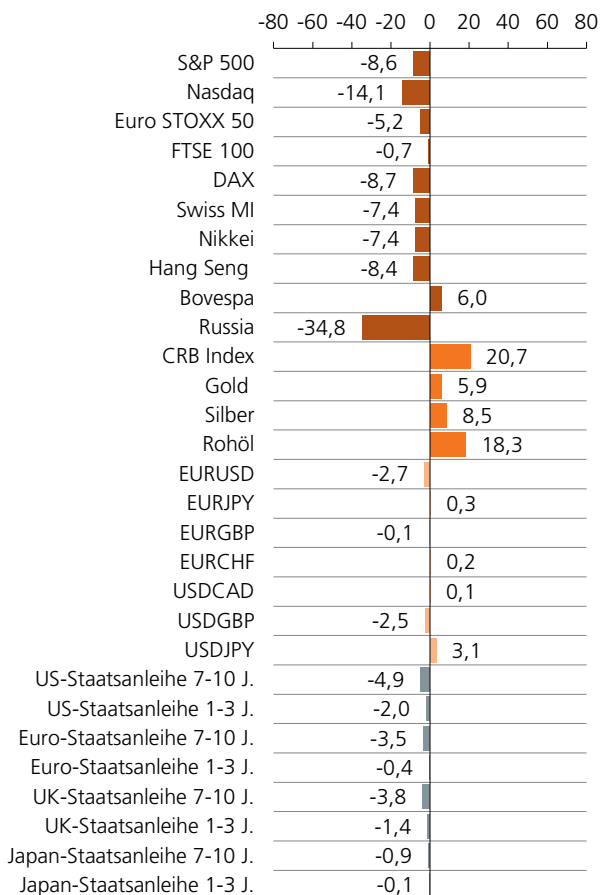


Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Wertentwicklung verschiedener Anlageklassen seit Jahresanfang in Prozent

(a) In nationaler Wahrung

(b) In Euro



Quelle: Refinitiv, Berechnungen Degussa.

Ausgabe	Inhalt	Zum Herunterladen
17. März 2022	Nicht der Krieg, sondern der Staat mit seiner Zentralbank verursacht Inflation Staat und Krieg	Pdf
3. März 2022	Die Russland-Sanktionen des Westens und Chinas Langfristinteresse Abrutschen in ein Inflationsregime	Pdf
17. Februar 2022	Inflation ist keine Naturkatastrophe. Sie ist menschengemacht Die Inflation wird für die Bevölkerung zum Dauerproblem	Pdf
3. Februar 2022	Hohe Inflation und negativer Realzins für länger Der Goldmarkt hat sich in Q4 2021 kräftig belebt Die marxistische Wurzel der Lockdown-Politik	Pdf
20. Januar 2022	Weltwirtschaft 2022: Mehr Inflation, weniger Wachstum	Pdf
16. Dezember 2021	Die Inflation, die Aktien, das Gold „Et hätt noch immer jot jegange“ Türkische Währungskrise	Pdf
2. Dezember 2021	Es ist wie in Harry Potter: Die Wirkung des Euro, die niemand auszusprechen wagt ... Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben	Pdf
18. November 2021	Inflation ist keine Naturkatastrophe. Sie ist menschengemacht Warum und wie der Sozialismus die Welt erobern will	Pdf
4. November 2021	Zins, Inflation, Gold und der „Great Reset“ Die US-Zentralbank beginnt das „Tapering“ - und kauft sich damit Zeit Es ist Zeit für den Ausstieg	Pdf
21. Oktober 2021	Der Aufstieg des Neo-Sozialismus „Das Inflationsproblem ist größer, als viele glauben“	Pdf
7. Oktober 2021	Das Inflationsbiest	Pdf
23. September 2021	Evergrande: Ist das Chinas ‚Lehman Moment‘? Preiskorrektur bei Platin, Palladium und Rhodium Wie Preiskontrollen den Weg in den Sozialismus ebnet (Ludwig von Mises)	Pdf
9. September 2021	Gold in Zeiten der Entwertung von US-Dollar, Euro & Co Was man als junger Mensch auf der Suche nach Freiheit in der heutigen Zeit wissen? Die Chinarisierung des Westens	Pdf
26. August 2021	Die Abhängigkeit von der Inflationsdroge wird immer größer Das Ende von Bretton Woods vor 50 Jahren als Mahnung Globales Helikoptergeld: IWF schafft 650 Mrd. USD neue „SDR“	Pdf
12. August 2021	Der dunkle Schatten des Papiergoldmarktes 500 Jahre Geld ohne Gold Neuer Angriff auf das Bargeld	Pdf
29. Juli 2021	Der Kampf um die Währungshegemonie	Pdf
15. Juli 2021	Die EZB-Räte wollen den Euro noch stärker inflationieren Rohstoff- und Edelmetallmärkte Die Goldwährung	Pdf
1. Juli 2021	Wer zwischen Schein und Sein unterscheidet, der will Gold halten Die Interventionismus-Falle. Und wie wir ihr entkommen können Der narkotisierte Fluchtinstinkt	Pdf
17. Juni 2021	Der Inflationsboom. Verführerisch, betrügerisch, zerstörerisch Gold-ETFs/ETCs verzeichneten wieder Zuflüsse im Mai 2021 Warum Inflation eine Gefahr für die Freiheit ist	Pdf
2. Juni 2021	Was Sie immer schon über Inflation wissen wollten ... „Ohne Bargeld wird die letzte Zurückhaltung des Staates fallen“ (Interview) Über Finanzfehler der Politik im Lockdown (Gesprächsbericht)	Pdf
20. Mai 2020	Bankenregulierung fährt „Bullion Banks“ in die Parade Zinskontrolle birgt inflationären Sprengstoff Das Geld und der neue Sozialismus	Pdf
6. Mai 2021	Gold. Physisch. Da weiß man, was man hat Erst Geldmengenausweitung, dann Preisinflation Kartelle, Monopole und BigTech – der andere Blickwinkel	Pdf
22. April 2021	Bitcoin, Gold und das Geheimnis des Geldes Die Neuauflage der marxistischen Verelendungstheorie ...	Pdf
8. April 2021	Das Gold ist das Grundgeld Menschheit. Ein Aufsatz gegen Fehldeutungen Die Macht der kontrollierten Inflation	Pdf
25. März 2021	Was Sie über den „Cantillon-Effekt“ wissen sollten Digitaler Krypto-Hype Umsturz mit Fiat-Geld	Pdf
11. März 2021	Inflation – verkannt, verharmlost Das staatliche Geldmonopol und der „Great Reset“	Pdf
25. Februar 2021	Wie uns das Fiat-Geldsystem in den Sozialismus treibt Zum Verbund zwischen Futures-Markt und physischem Markt Der Griff ans Eigentum	Pdf

<http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Alle bisherigen Ausgaben des Degussa Marktreports stehen dort auch zum Download zur Verfügung.

Disclaimer

Für die Erstellung dieser Ausarbeitung ist Degussa Goldhandel GmbH, Frankfurt am Main, verantwortlich. Die Verfasser dieses Dokuments bestätigen, dass die in diesem Dokument geäußerten Einschätzungen ihre eigenen Einschätzungen genau wiedergeben und kein Zusammenhang zwischen ihrer Dotierung – weder direkt noch indirekt noch teilweise – und den jeweiligen, in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen oder Einschätzungen bestand, besteht oder bestehen wird. Der (bzw. die) in dieser Ausarbeitung genannte(n) Analyst(en) sind nicht bei der FINRA als Research-Analysten registriert/qualifiziert und unterliegen nicht der NASD Rule 2711.

Dieses Dokument dient ausschließlich Informationszwecken und berücksichtigt nicht die besonderen Umstände des Empfängers. Es stellt keine Anlageberatung dar. Die Inhalte dieses Dokuments sind nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von in diesem Dokument genannten Edelmetallen und Wertpapieren beabsichtigt und dienen nicht als Grundlage oder Teil eines Vertrages.

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stammen aus Quellen, die von der Degussa Goldhandel GmbH als zuverlässig und korrekt erachtet werden. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Garantie oder Gewährleistung im Hinblick auf Richtigkeit, Genauigkeit, Vollständigkeit oder Eignung für einen bestimmten Zweck.

Alle Meinungsäußerungen oder Einschätzungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers bzw. der Verfasser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich ohne vorherige Ankündigung ändern. Die hierin zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Degussa Goldhandel GmbH wider. Die Degussa Goldhandel GmbH ist nicht dazu verpflichtet, dieses Dokument zu aktualisieren, abzuändern oder zu ergänzen oder deren Empfänger auf andere Weise zu informieren, wenn sich ein in diesem Dokument genannter Umstand oder eine darin enthaltene Stellungnahme, Schätzung oder Prognose ändert oder unzutreffend wird.

Die in der Vergangenheit gezeigte Kursentwicklung von Finanzinstrumenten erlaubt keine verlässliche Aussage über deren zukünftigen Verlauf. Eine Gewähr für den positiven Anlageertrag einer in diesem Dokument beschriebenen Einschätzung kann daher nicht übernommen werden. Es besteht die Möglichkeit, dass in diesem Dokument genannte Prognosen aufgrund verschiedener Risikofaktoren nicht erreicht werden. Hierzu zählen in unbegrenztem Maße Marktvolatilität, Branchenvolatilität, Unternehmensentscheidungen, Nichtverfügbarkeit vollständiger und akkurater Informationen und/oder die Tatsache, dass sich die von der Degussa Goldhandel GmbH oder anderen Quellen getroffenen und diesem Dokument zugrunde liegenden Annahmen als nicht zutreffend erweisen.

Weder die Degussa Goldhandel GmbH noch ihre Geschäftsleitungsorgane, leitenden Angestellten oder Mitarbeiter übernehmen die Haftung für Schäden, die ggf. aus der Verwendung dieses Dokuments, seines Inhalts oder in sonstiger Weise entstehen.

Die Aufnahme von Hyperlinks zu den Websites von Organisationen, soweit sie in diesem Dokument aufgenommen werden, impliziert keineswegs eine Zustimmung, Empfehlung oder Billigung der Informationen der Websites bzw. der von dort aus zugänglichen Informationen durch die Degussa Goldhandel GmbH. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt dieser Websites oder von dort aus zugänglichen Informationen oder für eventuelle Folgen aus der Verwendung dieser Inhalte oder Informationen.

Dieses Dokument ist nur zur Verwendung durch den Empfänger bestimmt. Es darf weder in Auszügen noch als Ganzes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Degussa Goldhandel GmbH auf irgendeine Weise verändert, vervielfältigt, verbreitet, veröffentlicht oder an andere Personen weitergegeben werden. Die Art und Weise, wie dieses Produkt vertrieben wird, kann in bestimmten Ländern, einschließlich der USA, weiteren gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Personen, in deren Besitz dieses Dokument gelangt, sind verpflichtet, sich diesbezüglich zu informieren und solche Einschränkungen zu beachten. Mit Annahme dieses Dokuments stimmt der Empfänger der Verbindlichkeit der vorstehenden Bestimmungen zu.

Impressum

Der Marktreport erscheint 14-tägig donnerstags und ist eine kostenlose Serviceleistung der Degussa Goldhandel GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. März 2022

Herausgeber: Degussa Goldhandel GmbH, Kettenhofweg 29, 60325 Frankfurt, Tel.: (069) 860068-0, Fax: (069) 860068-222

E-Mail: info@degussa-goldhandel.de, Internet: www.degussa-goldhandel.de

Redaktion: Dr. Thorsten Polleit

Degussa Marktreport ist im Internet abrufbar unter: <http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Degussa 
GOLD UND SILBER.

Zentrale Frankfurt

Kettenhofweg 29 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · info@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen:

Augsburg (Ladengeschäft): Maximiliansstraße 53 · 86150 Augsburg
Telefon: 0821-508667-0 · augsburg@degussa-goldhandel.de

Berlin (Ladengeschäft): Fasanenstraße 70 · 10719 Berlin
Telefon: 030-8872838-0 · berlin@degussa-goldhandel.de

Düsseldorf (Ankaufszentrum): In der KÖ Galerie
Königsallee 60 / Eingang Steinstraße · 40212 Düsseldorf
Telefon: 0211-1306858-0 · duesseldorf@degussa-goldhandel.de

Frankfurt (Ladengeschäft): Kettenhofweg 25 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · frankfurt@degussa-goldhandel.de

Hamburg (Ladengeschäft): Ballindamm 5 · 20095 Hamburg
Telefon: 040-3290872-0 · hamburg@degussa-goldhandel.de

Köln (Ladengeschäft): Gereonstraße 18–32 · 50670 Köln
Telefon: 0211-120620-0 · koeln@degussa-goldhandel.de

Hannover (Ladengeschäft): Theaterstraße 7 · 30159 Hannover
Telefon: 0511-897338-0 · hannover@degussa-goldhandel.de

München (Ladengeschäft): Promenadeplatz 12 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-18 · muenchen@degussa-goldhandel.de

München (Ankaufszentrum): Promenadeplatz 10 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-10 · muenchen-altgold@degussa-goldhandel.de

Nürnberg (Ladengeschäft): Prinzregentenufer 7 · 90489 Nürnberg
Telefon: 0911-669488-0 · nuernberg@degussa-goldhandel.de

Pforzheim (Scheideanstalt): Freiburger Straße 12 · 75179 Pforzheim
Telefon: 07231-58795-0 · pforzheim@degussa-goldhandel.de

Stuttgart (Ladengeschäft): Kronprinzstraße 6 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-305893-6 · stuttgart@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen weltweit:

Zürich (Ladengeschäft): Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 0041-44-40341-10 · zuerich@degussa-goldhandel.ch

Genf (Ladengeschäft): Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genève
Telefon: 0041-229081400 · geneve@degussa-goldhandel.ch

Madrid (Ladengeschäft): Calle de Velázquez 2 · 28001 Madrid
Telefon: 0034-911-982-900 · info@degussa-mp.es

London Sharps Pixley Ltd (Mitglied der Degussa Gruppe)
Telefon: 0044-2078710531 · info@sharpspixley.com